



## 24.4020 Das Hosting von Kinderpornografie in der Schweiz nicht hinnehmen

Dass Missbrauchsabbildungen im Netz verbreitet werden, ist inakzeptabel. In der EU und den USA sind Anbieter:innen von digitalen Dienstleistungen zu Meldeverfahren verpflichtet, in der Schweiz nicht. Mit der Annahme der abgeänderten Motion trägt die Schweiz zu einem harmonisierten Rechtsrahmen bei und stärkt ihr Engagement gegen die Verbreitung von Abbildungen sexualisierter Gewalt an Kindern.

**Yvonne Feri**, Stiftungsratspräsidentin Kinderschutz Schweiz, ehem. Nationalrätin

**Kinder schützen.  
Kinder stärken.**

**Wir sind die starke Stimme  
der Kinder in der Schweiz.**

**Kinderschutz Schweiz**

Schlosslistrasse 9a | 3008 Bern  
Telefon +41 31 384 29 29

[www.kinderschutz.ch](http://www.kinderschutz.ch)  
[info@kinderschutz.ch](mailto:info@kinderschutz.ch)

[f](https://www.facebook.com/kinderschutzschweiz) [o](https://www.instagram.com/kinderschutzschweiz) [v](https://www.youtube.com/kinderschutzschweiz) /kinderschutzschweiz



## Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Reduzierung der Mittel für Familienorganisationen muss dringend korrigiert werden. Die Unterstützung von Familien und der Schutz der Kinder sind unverzichtbar. Zudem braucht es Mittel, um die Bevölkerung für die Verankerung der gewaltfreien Erziehung im ZGB zu sensibilisieren.

**Christine Bulliard-Marbach**, Nationalrätin und Mitglied der politischen Kommission von Kinderschutz Schweiz

	DATUM	GESCHÄFT	
NATIONALRAT	01.12.	<b>25.3139 Po. Bulliard-Marbach: Nationale Strategie für Kinder und Jugendliche</b> Schutz, Förderung und Partizipation – dies brauchen alle Kinder. Diese Grundpfeiler für eine gesunde Entwicklung müssen bei allen Tätigkeiten des Bundes, die Kinder betreffen, mitbedacht werden.	✓
	19.12.	<b>18.434 pa. Iv. (Amherd) Bregy: Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen</b> Kinder brauchen Schutz vor Sexualstraftaten, die ihren Ursprung im Netz haben. Ein Straftatbestand Cybergrooming trägt zu diesem Schutz bei. Es braucht die Verlängerung der Behandlungsfrist.	✓
STÄNDERAT	04.12.	<b>25.041 BRG. Voranschlag 2026 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2027-2029</b> Zusätzliche Mittel für den Kredit Kinderschutz/Kinderrechte sind notwendig, z.B. für die Sensibilisierung zur gewaltfreien Erziehung.	✓
	11.12.	<b>19.3597 Mo. Nantermod: StGB. Vergehen gegen die Familie. Verweigerung des Rechts auf persönlichen Verkehr mit Strafe bedrohen</b> Bei Elternkonflikten um das Besuchsrecht würde ein drohendes Strafverfahren nur zusätzliches Öl ins Feuer giessen, statt den Konflikt zu beruhigen. Dies ist nicht im besten Interesse des Kindes.	✗
	11.12.	<b>25.3941 Mo. SiK-N: Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol</b> Auch Kinder sind von der verschärften Sicherheitslage und der zunehmenden Cyberkriminalität betroffen. Damit fedpol handlungsfähig bleibt, müssen mehr Ressourcen gesprochen werden.	✓
	11.12.	<b>24.4020 Mo. Bulliard-Marbach: Das Hosting von Kinderpornografie in der Schweiz nicht hinnehmen</b> Die Verbreitung von Missbrauchsabbildungen im Netz muss gestoppt werden. Das Melden von Verdachtsfällen durch die digitalen Dienstleister ist dafür entscheidend.	✓

**Montag, 1. Dezember** **25.3139** **Postulat Bulliard-Marbach**

### Nationale Strategie für Kinder und Jugendliche

Die bestehende Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik ist bald 20 Jahre alt und wird den heutigen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Zwar will der Bundesrat die Strategie des BSV in der Kinder- und Jugendpolitik überprüfen und weiterentwickeln, doch das genügt nicht: Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen müssen bei allen Tätigkeiten des Bundes mitbedacht werden. Eine Strategie auf nationaler Ebene trägt dazu bei, dass alle Kinder gleichermassen von Angeboten der Kinder- und Jugendpolitik profitieren können.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, dem Bundesrat zu folgen und das Postulat sowie die weiteren gleichlautenden Postulate (25.3332, 25.3333, 25.3334, 25.3335) anzunehmen.**

**Donnerstag, 4. Dezember** **25.041** **Geschäft des Bundesrates**

### Voranschlag 2026 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2027–2029, Positionen A231.0243 und A231.0247

Die nationale Kinderschutzstatistik der Kinderspitäler zeigt auch für das vergangene Jahr eine anhaltend hohe Fallbelastung im Bereich Kindesschutz in der Schweiz auf. Noch immer erleben zu viele Kinder Gewalt in der Erziehung. Die von der Finanzkommission des Ständerates vorgeschlagene moderate Erhöhung der Finanzhilfen an Organisationen für den Schutz und die Rechte von Kindern (A231.0247) ist deshalb wichtig. Weiter ist die vom Bundesrat vorgesehene Kürzung der Beiträge an Familienorganisationen zu korrigieren: Diese Organisationen bieten entscheidende Hilfen für Kinder und Eltern und leisten damit einen Beitrag zur Verhinderung von Gewalt. Wie es beide Finanzkommissionen vorschlagen, muss die bisherige Unterstützung dringend gehalten werden.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, den Kommissionen zu folgen und den Anträgen bei den Positionen A231.0243 und A231.0247 zuzustimmen.**

**Freitag, 19. Dezember** **18.434** **Parlamentarische Initiative (Amherd) Bregy**

### Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen

Die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen in der Schweiz war schon von sexueller Belästigung im Netz betroffen. Schon nach wenigen Minuten werden sie auf Chatforen und den sozialen Medien von Erwachsenen mit offensichtlich sexualisierten Fragen konfrontiert. Können sich die Kinder nicht entziehen, folgen weitere und gravierendere Sexualstraftaten. Das Europäische Parlament hat im Juni 2025 mit grosser Mehrheit dem verstärkten Schutz vor Cybergrooming zugestimmt. Es ist dringend nötig, dass auch die Schweiz entschieden gegen Cybergrooming vorgeht. Es braucht eine Fristverlängerung, damit die Rechtskommission ihre Arbeit an einem Vorentwurf weiterführen kann.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, der Kommission zu folgen und der Fristverlängerung zuzustimmen.**

**Donnerstag, 11. Dezember** **19.3597** **Motion Nantermod**

### StGB. Vergehen gegen die Familie. Verweigerung des Rechts auf persönlichen Verkehr mit Strafe bedrohen

Für Kinder ist ein andauernder Konflikt zwischen den Eltern äusserst belastend. Gerade bei Streit um das Recht auf persönlichen Verkehr (sogenanntes Besuchsrecht) ist die Situation oft verfahren. Es braucht Massnahmen zur Konfliktdeskalation bzw. Konfliktlösung, damit die Kommunikation zwischen den Eltern wieder möglich ist und den Bedürfnissen der Kinder nachgekommen werden kann. Wird versucht, solche Konflikte mit einem strafrechtlichen Prozess zu lösen, besteht die ernsthafte Gefahr, Konfliktsituationen unnötig zu verlängern und zu intensivieren, was dem Kindeswohl entschieden entgegenläuft.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, der Kommission zu folgen und die Motion abzulehnen.**

**Donnerstag, 11. Dezember** **25.3941** **Motion SiK-N**

### Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol. Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden

Etwa 85 Prozent der Opfer von Cybersexualdelikten sind minderjährig. Die Anzahl pädokrimeleller Verdachtsfälle mit Bezug zur Schweiz, die fedpol von der amerikanischen Meldestelle NCMEC entgegennimmt, hat sich seit 2021 mehr als verdoppelt. Die Fälle werden komplexer, internationaler und erfordern ein hohes Mass an Koordination und Spezialisierung der Strafverfolgungsbehörden. Damit fedpol handlungsfähig bleibt, müssen mehr Ressourcen gesprochen werden. Auch die Eidgenössische Finanzkontrolle gelangt in ihrem Untersuchungsbericht zum Schluss, dass fedpol insgesamt mehr Ressourcen braucht.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, der Kommission zu folgen und die Motion anzunehmen.**

**Donnerstag, 11. Dezember** **24.4020** **Motion Bulliard-Marbach**

### Das Hosting von Kinderpornografie in der Schweiz nicht hinnehmen

Millionen von Files mit Kinderpornografie sind im Internet im Umlauf. Die Abbildungen sexualisierter Gewalt an Kindern werden von Hosting- und Cloud-Diensten gespeichert – auch in der Schweiz. Über Kommunikations- und Content-Sharing-Plattformen werden sie weltweit geteilt. Nur wenn Hinweise auf pädokrimelelles Material den Strafverfolgungsbehörden oder einer spezialisierten Meldestelle gemeldet wird, kann deren Verbreitung gestoppt werden. Nur so können Opfer zur Ruhe finden und Täter:innen bestraft werden. Mit einer Meldepflicht für alle relevanten Intermediäre und technischen Dienstleister leistet die Schweiz deshalb einen wichtigen Beitrag zum effektiven Schutz von Kindern im Netz.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, der Kommission zu folgen und die abgeänderte Motion anzunehmen.**